



**bue Erbach**  
**Leitung Bürgerinitiative**  
**Im Herrenrott 20**  
**D-64711 Erbach**  
Tel.: +49 (0)6062 260606  
Email: bue@greiffer.com

20. Mai 2008

## **Bürgerinitiative Umgehungsstraße Erbach beantragt Akteneinsicht beim Regierungspräsidium in Darmstadt**

Im Hinblick der Offenlegung für den geplanten Neubau der B45 Neu Erbach standen alle Parteien und Gremien der Stadt Erbach in Verantwortung vieler betroffener Bürger. Zum Teil ist es der Stadt Erbach mit ihrer Forderung für eine Tunnelverlängerung gelungen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Dies wird von der Bürgerinitiative Umgehungsstraße Erbach auch anerkannt.

Die bue hat nun mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass die Gremien des Odenwaldkreises es nicht für nötig gefunden haben, wenigstens diese Forderung zu unterstützen.

Der Kreisausschuss mit Landrat Horst Schnur sowie dem Parlamentvorsitzenden des Odenwälder Kreistages, der aus Gammelsbach stammende Herr Rüdiger Holschuh, sahen keinen Handlungsbedarf, die Einwendungen bzw. Stellungnahmen der beteiligten Träger öffentlicher Belange in ihren Gremien zu behandeln.

Obwohl durch den Straßenausbau viele Erbacher Bürger in ihrer Lebensqualität und teilweise sogar in ihrer Existenz bedroht werden, wurden diese lediglich in den Fachbehörden des Landratsamtes abgehandelt.

Vor ein paar Jahren wurde vom Odenwaldkreis ein Gebäude an die Diakonie Nieder-Ramstädter-Heime verkauft, die dort ein Behindertenwohnheim errichteten. Jetzt sollen die Behinderten dort an einer Tunnelöffnung leben?! Dies war ihnen scheinbar auch egal.

Somit fanden also ca. 750 bis 800 Einwendung betroffener Erbacher Bürger bei unseren höchsten politischen Verantwortlichen im Odenwaldkreis **kein Gehör**. Sie sahen in der derzeitigen Planung des ASV Bensheims die Belange der Bürgerinnen und Bürger genügend berücksichtigt, obwohl sie deren Einstellung durch die öffentliche Diskussion gekannt haben.

Mit Hinweisen auf die Historie zur Entwicklung der Umgehungsstraße, die wir in den letzten Wochen oft genug gehört haben, ist die Sache für die „Herren Schnur, Holschuh, Old, Hopp und Müller“, wohl abgehakt. Aber nicht für uns betroffene Bürger!

Um den genauen Wortlaut der Stellungnahmen des Odenwaldkreises in Erfahrung zu bringen und anschließend in Druckform den Bürgern präsentieren zu können, hat die Bürgerinitiative den Regierungspräsidenten in Darmstadt um Akteneinsicht gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Barth  
Leiter der Bürgerinitiative

